

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet über die Seite des Kreisverbandes der LINKEN
<https://www.dielinke-mittelsachsen.de>

Mittelsächsische LinksWorte

26. OKTOBER 2022

NR. 177

16. JAHRGANG



Dezentraler Aktionstag

**Bundesweit
gegen die
soziale Kälte**

Hier
ist
DIE LINKE.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. ZUSAMMENGEFASST:

BESCHLÜSSE DER LINKEN ZU FRIEDEN,
SOZIALES UND STEUERGERECHTIGKEIT

2. INFORMIERT:

DIE LINKSFRAKTION ZUR SITZUNG DES
KREISTAGES VOM 28. SEPTEMBER

3. ANALYSIERT:

SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DEN REGIONAL-
KONFERENZEN FÜR DAS WAHLJAHR 2024

- 2 editorial & standpunkt
- 3 debatte & aktuell informiert
- 4/5 **titelthema 1: aktuelle beschlüsse zu inhaltlichen schwerpunkten**
- 6 **titelthema 2: aus der kreistagsfraktion**
- 7 **unsere serie - immer auf seite -7- „linksworte“ - oktoberausgabe 2008**
- 8 **titelthema 3: auswertung der regionalen konferenzen und blick nach vorn**
- 9 debatte: beschlussentwurf zum bürgergeld 2023
- 10 **unsere serie zur politischen bildung: beiträge -79-: über sanktionen in der internationalen politik**
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
- 12 termine & querebeete & trauer

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist am Mittwoch, dem 7. Dezember. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 30. November. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck, die Online-Ausgabe und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 10,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Partei kommt nicht zur Ruhe. Die Diskussionen „für oder gegen“ Sahra Wagenknecht gehen weiter, in Niedersachsen müssen wir ein weiteres ernüchterndes Wahlergebnis zu einer Landtagswahl verzeichnen. Inhaltlich kommt DIE LINKE in Presse, Rundfunk und Fernsehen kaum vor, stattdessen wird die Frage ausgeschlachtet, ob unsere Partei vor der Spaltung steht. Wir fassen im heutigen Titelthema -1- die wichtigsten Inhalte zusammen, mit denen sich der Parteivorstand auf seinen Beratungen im September und Oktober beschäftigt hat - und das sind die Themen „Frieden“, „Soziales“ und „Steuergerechtigkeit“.

Der diesjährige Herbst wird geprägt von den Aktionen unter dem Motto „Heißer Herbst statt sozialer Kälte - den Protest auf die Straße tragen!“. In sechs deutschen Großstädten fanden - allerdings mit weniger Resonanz als erhofft - am 1. Oktober Demonstrationen gegen den Krieg in der Ukraine und für Abrüstung statt. Dabei stellen sich für die LINKE mehrere Fragen: zum ersten die konsequente Abgrenzung zur AfD, den „Querdenkern“ und anderen rechten Bewegungen, die mit ihrem Kurs auf Dummenfang gehen, zum zweiten zur Haltung dazu, ob man den „heißen Herbst“ mit dem historisch geprägten Begriff „Montags-Demo“ verknüpfen sollte und zum dritten die Haltung zum Zusammengehen mit breiten überparteilichen Friedensinitiativen wie dem Bundesausschuss Friedensratschlag. Der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN hat sich dem Protest für eine sozialere Politik und gegen die Auswirkungen der Energiekrise angeschlossen. An drei Tagen wurde auf sechs Marktplätzen bzw. innerstädtischen Bereichen mit Air-Frame-Aktionen Flagge gezeigt. Wir berichten im Titelthema -3- darüber. In Freiberg wurden darüber hinaus regelmäßig Info-Stände durchgeführt. Darüber berichten wir auf Seite -3- in Wort und Bild.

Der mittelsächsische Kreistag führte am 28. September seine dritte Sitzung im Jahr 2022 durch. Der Fraktionsvorsitzende Gottfried Jubelt informiert in unserem Titelthema -2- über die wesentlichen dort gefassten Beschlüsse. Im Titelthema -3- auf Seite -8- blickt die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta nach vorn auf das kommende Jahr und das „Superwahljahr“ 2024.

Der Oberbürgermeister von Flöha, Volker Holuscha, stellt auf Seite -9- seine Sicht auf den Gesetzesentwurf zum Bürgergeld 2023 dar. Fortgesetzt werden unsere beiden Serien. Auf Seite -7- blicken wir entsprechend unseres Mottos „Was vor 14 Jahren geschah“ auf die Oktober-Ausgabe der LinksWorte aus dem Jahr 2008. Und unsere Serie zur politischen Bildung und Information ist dem Thema „Sanktionen in der internationalen Politik“ gewidmet. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir wie allmonatlich eine anregende und interessante Lektüre.

„den heißen herbst nicht den Rechtspopulisten überlassen“

von HANS WEISKE

DIE LINKE befindet sich weiterhin in einer schwierigen Lage und kämpft um die Fünf-Prozent-Hürde in der Wählergunst. Dabei war die Niedersachsen-Wahl ein weiterer Rückschlag. Für mich spiegelt sich das ganze Dilemma bei der Zusammenstellung der wichtigsten Inhalte dieser Zeitung wider. Nebenstehend unter der Überschrift „Bei anderen gelesen“ die in der ARD-Sendung „Kontraste“ am 13. Oktober vertretenen Thesen, dass „die Linke seit längerem fast nur noch mit sich selbst beschäftigt ist“ und „als linke Protestpartei keinen Fuß auf den Boden bekommt“. Und in unserem heutigen Titelthema -1- auf den Seiten -4- und -5- die m.E. sehr klar formulierten Auffassungen unserer Partei zum Frieden und zu den Sanktionen gegen Russland, zu unserem Auftreten gegen die soziale Kälte der Regierung und zur steuerlichen Ungerechtigkeit in der gegenwärtigen Krise.

Irgendwie ist gegenwärtig fast alles mit den Auswirkungen der „Wirtschaftskrieg“-Rede verbunden, die Sahra Wagenknecht am 8. September in der Haushaltsdebatte des Bundestages im Auftrag der Fraktion zum Einzelplan Wirtschaft und Klimaschutz des Bundeshaushaltes gehalten hat. Dabei hat sie offensichtlich die Parteilinie verlassen und die Gefahr der Spaltung der Partei in den Raum gestellt. Drei Tage später hat der Vorstand über die aktuelle Situation in der Partei beraten und dabei folgendes festgestellt, was voll und ganz auch meine Auffassung ist: „Mit Befremden hat der Parteivorstand zur Kenntnis genommen, dass bekannte Mitglieder der LINKEN in verschiedenen Kontexten öffentlich über die Bildung eines konkurrierenden politischen Projektes gesprochen haben und damit die Einheit der Partei DIE LINKE in Frage gestellt haben. **Der Parteivorstand ist entschlossen, DIE LINKE als pluralistische Partei zu verteidigen und weiter zu entwickeln. Plurale linke Partei bedeutet die Freiheit der innerparteilichen Diskussion, es bedeutet aber auch, nach Debatten gemeinsam beschlossene Positionen als Parteipositionen zu vertreten. Plurale linke Partei bedeutet nicht Beliebigkeit.**“

Ein weitere Aussage, die mir große Sorgen macht, ist die in vielen Medien kolportierte These, dass der gegenwärtige Protest gegen die Ampel-Koalition von links und von rechts in vielen Fällen „eigenartig ähnlich“ klinge. Dabei wird der sich bei der LINKEN formierende Protest nicht selten auf „Sahra Wagenknecht und ihre Leute“ reduziert und behauptet, alles liefe auf einen populistischen Überbietungswettbewerb mit der AfD hinaus, vor allem, wenn es um Wirtschaftssanktionen gegen Russland geht. Dabei gibt es sehr viele inhaltliche Unterschiede zwischen LINKER und AfD, die in sachlichen Kommentaren auch herausgearbeitet werden. Aber die aktuelle Situation auf den Straßen muss in unserer Partei die Sorgen verstärken, dass am Ende die Rechtspopulisten die politische Ernte des Heißen Herbstes einfahren könnten. Das muss verhindert werden. DIE LINKE muss sich als Bestandteil des breiten zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bündnisses „Solidarischer Herbst“ präsentieren und wie in einem Beschluss des Parteivorstandes vom 9. Oktober formuliert, „als LINKE mit eigenen Blöcken und Material sichtbar sein.“

bei anderen gelesen

In der ARD-Sendung „Kontraste“ am 13. Oktober wurde ein Beitrag unter der Überschrift „An der 5-Prozent-Hürde gescheitert: Die Linke vor der Spaltung?“ gesendet. In der Ankündigung des Beitrags schreibt die ARD: „Gerade mal 2,7 Prozent holt die Linkspartei bei den niedersächsischen Landtagswahlen. Ein desaströses Ergebnis, das sich seit Monaten schleichend angekündigt hat und die Partei nun mit voller Wucht trifft. Doch es ist keine Überraschung, denn die Linke ist seit längerem fast nur noch mit sich selbst beschäftigt. Vor allem die Frage des Umgangs mit Russland spaltet. Während die Parteispitze Sanktionen größtenteils mitträgt, werfen die Anhänger von Sahra Wagenknecht Deutschland einen Wirtschaftskrieg vor. Der Konflikt verunsichert auch die Basis, manche Landesverbände beklagen einen regelrechten Mitglieder-Exodus. Mitten im sozialen Krisenherbst bekommt die linke Protestpartei also keinen Fuß auf den Boden. Würde ihr ein Weggang von Wagenknecht helfen? Wäre eine Spaltung ein erfolversprechender Neuanfang?“

In Vorbereitung der Sendung fragte der federführende rbb (Rundfunk Berlin Brandenburg) bei der Pressestelle der LINKEN in Sachen „Parteiaustritte“ nach. Die Antwort ist ernüchternd: Allein zwischen dem 8. September und dem 10. Oktober haben mindestens 809 Mitglieder die Partei verlassen. Eine solch hohe Zahl von Austritten innerhalb eines reichlichen Monats habe es zu keinem Zeitpunkt zuvor gegeben, so die Pressestelle. Als Motiv für den Austritt wurden die Bundestagsrede von Sahra Wagenknecht vom 8. September angegeben, auf welchem sie der Bundesregierung vorgeworfen hatte, „einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun gebrochen“ zu haben. Als Motiv für den Austritt diene aber auch der Umgang der Partei mit Wagenknecht. Unklar bleibt dabei, welches der beiden Motive zahlenmäßig überwiegt. Für das „neue deutschland“ war das vierte Wahldesaster der LINKEN allein in diesem Jahr und der kürzliche Aufruf von Mitgliedern verschiedener Strömungen zu einem „Vernetzungstreffen progressiver Linker“ Anlass zu folgendem Kommentar von Jana Frielingshaus unter der Überschrift „Dialog statt Shitstorm“: „Die Krise der Linken will und will nicht aufhören. Nach dem desaströsen Ergebnis der Landtagswahl in Niedersachsen versuchen sich erneut viele Genossinnen und Genossen in den sozialen Medien an Ursachenforschung und Analyse. Dabei sehen die einen zusammen mit Sahra Wagenknecht die Entfernung von den Problemen der „einfachen Leute, Abgehobenheit und Anbiedern an SPD und Grüne als ursächlich für den Niedergang der Partei an. Die anderen wiederum machen vor allem die stets Präsenz der ehemaligen Vorsitzenden der Linksfraktion und damit ihrer Position in den Medien dafür verantwortlich. Der Witz: Beide Seiten haben recht, aber nur zum Teil.“

Folglich bleibt nur ein Ausweg: Die Aktiven verschiedener Strömungen müssen wieder miteinander ins Gespräch kommen, statt übereinander zu reden. Sie müssen Argumente der anderen anhören statt einander mit Invektiven wie „autoritäre Lifestyle-Linke“ und „nationalistisch-rechtsoffene Putinverstehere“ andererseits zu überschütten. Denn beide Pauschalurteile stimmen nur in wenigen Einzelfällen. Ob die Fähigkeit und Bereitschaft zum Dialog noch da ist, bleibt abzuwarten.“

start des heißen herbstes 2022 durch den ortsverband freiberg

von RUTH FRITZSCHE

In Anbetracht der Auswertung des Erfurter Parteitages und seiner Orientierung auf den für DIE LINKE in Frage kommenden „heißen Herbst gegen soziale Kälte“ haben wir uns in unserem Kreis Mittelsachsen auf drei Regionalkonferenzen in Döbeln, Freiberg und Mittweida vom 15. bis zum 18. August, an denen mehr als 60 Mitglieder teilnahmen, konzentriert. (Die LinksWorte haben im September in Wort und Bild über die Regionalkonferenzen berichtet, in dieser Ausgabe geht die Kreisvorsitzende Marika

- Preise für Strom und Gas deckeln,
- Übergewinne der Konzerne besteuern,
- ÖPNV schrittweise kostenfrei gestalten.

Das uns durch den Bundesvorstand zur Verfügung gestellte Informationsmaterial haben wir gut und gerne genutzt, um es den Bürgerinnen und Bürgern in vielfältiger Weise zu übergeben. Leider war der Info-Stand am 17.09. total verregnet, wir haben aber an weiteren drei Tagen unsere Info-Stände erfolgreich fortgesetzt. Dabei kam es zu vielfältigsten Gesprächen, immer wieder war von großem Interesse, wie kann ich meine



Tändler-Walenta nochmals darauf ein, die Redaktion) Diese Konferenzen waren für uns ein wichtiger Abschnitt, um nach längerer Zeit wieder einmal als Mitglieder zusammen zu kommen. Alle Mitglieder waren sich darüber einig, dass auch wir als LINKE im Kreis Mittelsachsen unseren ganz persönlichen Beitrag leisten müssen, um der Bevölkerung unseres Kreises zur bevorstehenden soziale Schieflage in Verbindung mit dem Ukraine-Krieg und den verhängnisvollen Sanktionen reinen Wein einzuschmecken. Wir waren uns darüber im klaren, das kann nur geschehen, wenn wir mit der Bevölkerung in vielfältiger Form ins Gespräch kommen. Das könnten Demonstrationen, unterschiedliche Veranstaltungen, aber auch Info-Stände sein.



Insgesamt vier Info-Stände zum „heißen Herbst“ führten die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Freiberg bereits durch

So haben wir uns im Ortsverband Freiberg auf die Durchführung von Info-Ständen konzentriert. Begonnen haben wir am 17. September 2022, der vom Bundesvorstand als bundesweiter Aktionstag hervorgehoben wurde. Wie vom Parteivorstand in den uns zur Verfügung stehenden Materialien orientiert, haben wir uns auf folgende inhaltliche Schwerpunkte konzentriert:

- Menschen durch einen sozialen Klimabonus entlasten,

Stromrechnung bezahlen, werde ich abends im Winter bei Licht und Wärme in meiner Wohnung sitzen können. Wir haben es nicht versäumt, die von unserer Partei der Ampel-Regierung gegebenen Anregungen für ein verbessertes Leben mit den Bürgern zu besprechen. Besonderes Interesse fand dabei das Material der Sächsischen Linksfraktion zu „Energiepreise runter für eine soziale Energiewende“

Im Rahmen der Gespräche wurden natürlich auch oft die von Sahra Wagenknecht in ihrer Bundestagsrede angeführten Argumente als richtig wiedergegeben und auch darauf aufmerksam gemacht, dass alle Redner unserer Fraktion diesbezüglich stärker auftreten müssten. Natürlich war auch zu verzeichnen, dass die Ausländer für die Diskrepanzen verantwortlich gemacht wurden und zu wenig verstanden wird, dass z.B. die Übergewinnbesteuerung der Reichen wichtig ist, und nicht Arme gegen Arme ausgespielt werden dürfen. Aber auf der anderen Seite fand der Unterschriftenappell „Nein zu Putins Krieg! 100 Milliarden Euro in die Energiewende statt in Aufrüstung. Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“ große Unterstützung. Dafür haben wir im Laufe der Zeit 42 Unterschriften eingeholt, die wir an den Bundesvorstand weitergeleitet haben.

In unseren Rubriken „standpunkt“ und „debatte - bei anderen gelesen“ auf den Seiten -2- und -3- sind wir auf die anhaltende Krise der LINKEN eingegangen. Im heutigen Titelthema -1- fassen wir Auszüge aus wichtigen Beschlüssen zusammen, die der Parteivorstand der LINKEN auf ihren Beratungen im September und Oktober gefasst hat. Wir wollen unseren Leserinnen und Lesern damit aufzeigen, dass es für DIE LINKE gegenwärtig inhaltlich um weit mehr geht, als um die Überwindung der anhaltenden Krise in der Partei und die Gefahr ihrer Spaltung und damit des Verlustes des Fraktionsstatus im Bundestag.

aus dem beschluss des bundesparteitages in erfurt

Kriege und Aufrüstung stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt! Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität

Wir leben in Zeiten von Krisen und Kriegen. Die völkerrechtswidrige Aggression Russlands gegen die Ukraine und die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Mächte bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und lokaler Kriege oder sogenannter Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu. Viele Menschen haben Angst vor einer ungewissen Zukunft. Die Sehnsucht nach einfachen Antworten stärkt autoritäre und rechte Kräfte. In dieser gefährlichen geopolitischen Situation stellt DIE LINKE den Erhalt des Friedens in den Vordergrund ihrer Politik. Eine friedenspolitische, soziale und ökologische Wende ist dringend erforderlich!

Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands und die von Russland begangenen Kriegsverbrechen aufs Schärfste und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht unterstützen. Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf abzielt, den Einflussbereich der alten Sowjetunion wiederherzustellen. Es wird versucht, autoritäre Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu destabilisieren, aufzulösen oder Territorien mit militärischer Gewalt und Krieg zu okkupieren. Kasachstan, Transnistrien, Georgien und die Niederschlagung der belarussischen Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der geostrategischen Machtzentren im von fossilen Brennstoffen getriebenen Kapitalismus, in dem unterschiedliche Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussosphären kämpfen, auch mit dem Mittel des Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt. Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen Unterdrückung und Abbau demokratischer Rechte, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen. Ihnen gelten unsere Solidarität und Unterstützung.

aus dem vorstandsbeschluss vom 10. september

Ein Heißer Herbst gegen die soziale Kälte der Regierung: Preise und Profite deckeln. Klima schützen.

Lebensmittel, Heizen, Nebenkosten beim Wohnen, der Weg zur Arbeit: Die Preise explodieren die Ampel-Regierung versagt. Die hohen Preise treffen vor allem Lohnabhängige und ihre Familien, besonders betroffen sind die Millionen Menschen, die im Niedrig-Lohn-Sektor arbeiten, viele Rentnerinnen und Rentner aber auch Studierende, Schülerinnen und Schüler. Die Kampagne #IchBinArmutsbetroffen hat deutlich gemacht, wie viele Menschen unter Armut in einem der reichsten Länder der Welt leiden müssen. Viele Menschen haben Angst vor der Heizkostenabrechnung, viele haben Angst vor dem Winter.

Diese Situation ist auch dadurch entstanden, dass sowohl Agrar- und Energie- als auch die Verkehrswende aktiv von allen bisherigen Bundesregierungen verhindert wurden.

Das Entlastungspaket der Bundesregierung ändert daran zu wenig. Keine neuen Entlastungszahlungen – nur für diejenigen, die beim letzten Mal vergessen worden sind

(Rentner*innen und Studierende). Keine Fortsetzung des 9-Euro-Tickets, die Erhöhung von Hartz IV gleicht formell die Inflation aus, aber die Sätze sind so berechnet, dass sie das Existenzminimum nicht decken. Die Erhöhung des Kindergeldes (ungefähr 8%) liegt deutlich unterhalb der Inflation für Lebensmittel (allein im August 16%) und Energie (35%). Mehr Menschen können Wohngeld beantragen (2 Millionen), aber längst nicht so viele wie von Armut bedroht sind – schon 2021 waren das fast 14 Millionen Menschen. Eine Finanzierung der Krise durch Besteuerung von Übergewinnen, hohen Einkommen und Vermögen schließt die Regierung weiter aus. Die geplante Reform der Einkommensteuer kostet 10 Milliarden Euro, davon gehen 9 Milliarden an das wohlhabendste Drittel der Bevölkerung, das mittlere Drittel bekäme 1 Milliarde, das Drittel mit den niedrigsten Einkommen bekäme so gut wie nichts. Die Ausweitung von Midijobs soll vermeintlich Geringverdienende bei den Nettolöhnen entlasten, entlastet aber vor allem Unternehmen davon, ihren Beschäftigten ordentliche Löhne und die volle Sozialversicherung zu zahlen. Die Regierung hat eine Gasumlage verabschiedet, mit der die Gewinne der Unternehmen gestützt werden – bezahlt von den Bürger*innen. Dabei haben die Unternehmen (z.T. über Mutterunternehmen) in anderen Geschäftsfeldern (Strom, Erdöl) enorme Extraprofite einfahren können.

Diese Regierung macht unsoziale Politik. Sie tut das Gegenteil von dem, was Grüne und SPD den Wählerinnen und Wählern an sozialen Forderungen im Wahlkampf versprochen.

Gleichzeitig hat Deutschland erneut die Klimaziele verfehlt. Im Verkehrssektor hat das unabhängige Expert*innengremium dem Verkehrsminister völlig unzulängliche Maßnahmen bestätigt.

Die Verlängerung des 9-Euro-Tickets wäre sowohl eine Maßnahme gegen die hohen Preise gewesen, als auch klimapolitisch sinnvoll. Die Ampelkoalition hat damals einmal mehr einer sozial-ökologischen Verkehrswende eine Absage erteilt.

Die Lösung der Energiekrise mit den hohen Preisen nicht darin, klimaschädliches und umweltgefährdendes Fracking-Gas aus den USA, Saudi-Arabien oder sonst woher zu importieren. Statt Milliarden von Steuergeldern in den Ausbau von LNG-Flüssiggas-Terminals zu stecken, muss die Bundesregierung konsequent die erneuerbaren Energien ausbauen und endlich die Energiepreise gerecht deckeln. Neue Flüssiggas-Terminals gefährden die Klimaziele!

In der jetzigen Krise zeigt sich auch, wie falsch die 100-Milliarden Euro Sonderausgaben für die Bundeswehr sind. Angesichts explodierender Preise bei Energie und Ernährung braucht es eine Zeitenwende für soziale Sicherheit, nicht für die organisierte Bereicherung von Rüstungskonzernen.

DIE LINKE ruft alle Menschen auf, sich an Protesten im Herbst zu beteiligen! Von alleine werden die Regierenden keine sozialere Politik machen. Nur in einer gemeinsamen Protestbewegung auf der Straße und in den Betrieben, Hochschulen und Gewerkschaften können wir die Regierung zwingen eine soziale Politik zu machen, die wirksame Entlastung für die Bevölkerung bringt, die Zukunftsaufgabe Klimaschutz voranbringt und gleichzeitig mehr Gerechtigkeit durch stärkere Belastung von Konzerngewinnen, hohen Einkommen und Vermögen schafft.

Unser Protest ist ein solidarischer Protest. Wir dulden dort keine Rassisten und Faschisten.

DIE LINKE ist solidarisch mit allen Beschäftigten und den Gewerkschaften, die jetzt für höhere Löhne kämpfen, um der realen Lohnsenkung durch die Inflation zu begegnen. Wir wenden uns gegen die Propaganda von Unternehmerseite, dass durch Tarifierhöhungen eine Lohn-Preis-Spirale drohe. Dies entbehrt jeder Grundlage in der Realität. Tatsächlich erleben wir eine Profit-Preis-Spirale!

Energie in Bürger*innenhand! Der Markt regelt die Krise nicht. Deswegen muss der Markt geregelt werden. Wir wollen Strom- und Wärmenetze in die öffentliche Hand überführen. Große Energiekonzerne wollen wir enteignen und vergesellschaften. Mit Stadtwerken, Energiegenossenschaften und Windkraftanlagen in kommunaler Hand stärken wir das öffentliche Eigentum.

Energiepreise gerecht deckeln:

1. Nein zur Gasumlage: Einkaufspreise deckeln, Uniper verstaatlichen
2. Staatliche Regulierung statt Marktversagen und Börsenspekulation
3. Strom- und Gaspreise für die Verbraucher*innen deckeln

Für eine gerechte und zielgerichtete Entlastung der Menschen

Verkehrswende vorantreiben - 9-Euro-Ticket fortsetzen

ÖPNV für alle - bezahlbar!

Wer mehr hat, muss auch mehr beitragen

vorstandsbeschluss vom 09. oktober

Gerechtigkeit in der Krise schaffen: Übergewinne und Vermögen konsequent besteuern!

Die Bundesregierung hat ein 200-Mrd.-Euro-Entlastungspaket angekündigt, mit dem die hohen Energiepreise für die Bevölkerung abgefedert werden sollen. Ein Schutzschirm für die Bevölkerung ist überfällig, besonders für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, die nicht wissen, wie sie warm über den Winter oder satt bis zum Monatsende kommen sollen.

Aber: Die Preis-Explosion bedeutet eine Explosion der Profite. Die hohen Preise sind ein ungeheures Umverteilungsprojekt von den Verbraucher*innen zu den Konzernen. Für ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit und um die Grundidee unseres Steuersystems aufrecht zu erhalten, muss jetzt auf diese krisenbedingten Extragewinne zugegriffen werden. Das gilt umso mehr als der Investitionsstau in Pflege und Gesundheit, Bildung und Erziehung, bezahlbarem Wohnraum und Klimaschutz gerade nur aus der öffentlichen Debatte verdrängt ist. Im Alltag der Menschen wütet er weiter. Eine lebenswerte Zukunft setzt massive Investitionen voraus. Der Entwurf der Bundesregierung zu einer Besteuerung von „Zufallsgewinnen“ hat aber lediglich die Profite derjenigen Stromproduzenten und -anbieter im Blick, die nicht auf Gas als Quelle angewiesen sind (und die vom Merit-Order-Prinzip profitieren).

Die Übergewinne werden im Entwurf der Regierung zudem nicht anhand des Unternehmensgewinns nach deutschem Steuerrecht oder einem Näherungswert aus den Umsatzsteuervoranmeldungen bemessen. Das hat zur Konsequenz, dass die seit Anfang 2022 entstandenen Übergewinne aus dem laufenden Steuerjahr nicht rückwirkend abgeschöpft werden können. Darüber hinaus sind die in Deutschland erwirtschafteten Übergewinne der Mineralölkonzerne von etwa 60 Milliarden Euro nicht betroffen.

Andere europäische Länder gehen deutlich entschlossener vor. Italien etwa besteuert die lokale Wertschöpfung von Stromerzeugern und Mineralölkonzernen. Dafür wird die Differenz (Saldo) aus Verkaufserlösen und Produktionskosten im Krisenzeitraum mit dem Vorjahreszeitraum verglichen. Die Daten dafür stammen aus den monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungen bei den Finanzämtern. Wenn wie in Italien auf die Umsatzsteuerdaten zurückgegriffen würde, wäre die Erhebung einer Übergewinnsteuer auch in Deutschland einfacher. Überträgt man die Erfahrungen aus Italien auf Deutschland, wären Einnahmen von über 28 Milliarden Euro für ein Jahr möglich – auch ohne weitere internationale Abstimmung.

Ein grundsätzliches Manko aller Übergewinnbesteuerungen ist bisher, dass nicht auf diejenigen Übergewinne zugegriffen werden kann, die Konzerne in Steueroasen und Förderländern verbuchen. Ein Großteil der in Deutschland erwirtschafteten Übergewinne wird dort verbucht. Doch diese Steuervermeidung lässt sich angehen – und dafür gibt es Vorbilder: In der EU ist für die Digitalkonzerne eine Digitalsteuer entwickelt worden, die Umsätze der Digitalkonzerne besteuern, die in den jeweiligen Ländern erwirtschaftet wurden – und nicht (nur) an ihrem Firmensitz in innereuropäischen Steueroasen wie Irland.

DIE LINKE fordert seit langem, den Wettlauf zur Steuervermeidung zu unterbinden. Wenn Gewinne in Niedrigsteuergebiete verschoben werden, müssen sie in den einzelnen Ländern, in denen der Konzern aktiv ist, nachversteuert werden. Konzerne müssen (stärker) am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten und der Umsätze besteuert (=Quellensteuer) werden. Das gilt besonders für die Besteuerung von Übergewinnen.

DIE LINKE fordert:

- 1. Quellensteuer:** Steuern werden am Ort der wirtschaftlichen Aktivität erhoben. Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge müssen abgeschafft werden. Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge wollen wir beseitigen: Die Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden.
- 2. Übergewinnsteuer** auf alle Extraprofite in der Krise, nicht begrenzt auf den Strommarkt. Angesichts des riesigen Bedarfs und der riesigen Extraprofite müssen die Steuersätze für die Übergewinne erhöht werden. Die österreichische Sozialdemokratie fordert sogar einen Steuersatz von 90% (auf die Übergewinne), Griechenland hat diesen Steuersatz bereits eingeführt.
- 3. Vermögensteuer:** Seit 1998 sitzt jede Bundesregierung den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts aus, eine Vermögensteuer zu erheben, die alle Vermögen gleichmäßig berücksichtigt. Auch in Krise und Krieg ist der Reichtum der Reichen massiv gewachsen. Höchste Zeit, sie endlich an den Kosten angemessen zu beteiligen.

Unsere Positionen zu „Querfront“-Initiativen im Herbst (Vorstandsbeschluss vom 10. September)

1. DIE LINKE weist die Politik der Ampel zur Energiekrise deutlich zurück und ruft ihre Mitglieder sowie unser Umfeld zu Protesten auf.
2. Bei der Mitarbeit in entstehenden Bündnissen bestehen wir auf konsequente Abgrenzung zu Faschisten, Rassisten und Rechtspopulisten und rechtspopulistischer Propaganda. Weiterhin wird es selbstverständlich keine Redemöglichkeiten für AfD-Politiker, andere Rechtsextreme auf Kundgebungen und Veranstaltungen, keine Duldung von rechtspopulistischen Spruchbändern, Fahnen, Plakaten usw. auf Demonstrationen und Kundgebungen geben.
3. Wir setzen uns in Bündnissen für ein Redner*innenprogramm ein, in dem eine Umverteilung von oben nach unten, die sozial-ökologische Transformation und die offene / antirassistische Gesellschaft stark gemacht werden.
4. Dort, wo Bündnisse sich weigern, sich nach rechts abzugrenzen, sowie Faschisten und Rechtspopulisten auf ihren Kundgebungen zulassen, beteiligen wir uns nicht.
5. Dort wo wir es können, bieten wir eigene Aktivitäten als LINKE und ggf. in Bündnissen an.
6. Die Bundesgeschäftsstelle erstellt eine Handreichung mit Tipps und Ideen für die lokale Bündnisarbeit.
7. In der politischen Bildungsarbeit im Herbst schaffen wir Angebote zur politischen Aufklärung über „Querfront“-Strategien der Rechten.
8. Nach der Beratung und Beschlussfassung des Parteivorstandes wird zu diesem Thema eine Zoom-Onlinekonferenz für alle interessierten Mitglieder durchgeführt.
9. Wir machen in der Partei regelmäßig das Angebot von „Aufstehen gegen Rassismus“ zum Umgang mit der AfD, rechten Mobilisierungen von Coronaleugnern und Verschwörungsideologen bekannt. Gegen Rechte Mobilisierungen organisieren wir Gegenprotest und unterstützen antifaschistische Bündnisse.

Neben dem monatlichen Newsletter und nach 51 Ausgaben der „Clara“ in fast 15 Jahren gibt die Linksfraktion im Bundestag ab Herbst dieses Jahres eine neue Fraktionszeitung heraus, die online als PDF gelesen und ausgedruckt werden kann. Für den künftigen Bezug der gedruckten Ausgabe kann auf der Webseite der Linksfraktion <https://linksfraktion.de online> ein Bestellformular ausgefüllt werden. Der Bezug der aktuellen Ausgabe – die man schon online abrufen kann – wird einmalig über die Kreisgeschäftsstelle organisiert.

Wie üblich hat die „Freie Presse“ zwei Tage vor dem Kreistag einige Fragen an die Fraktionen gestellt. Die sollten dann am Tag der Sitzung veröffentlicht werden. Ich habe die Fragen fristgemäß beantwortet; aber in der Zeitung kam unsere Fraktion nicht vor. Die Redakteurin für den Raum Freiberg, Frau Baldauf, konnte sich das auch nicht erklären. Am Tag nach der Sitzung waren wir dann mit dabei.

Obwohl kaum noch Einschränkungen wegen Corona bestehen, fand der Kreistag in der HarthArena in Hartha statt. Zufällig habe ich am Tag vorher erfahren, dass alle Tische für die Mitglieder des Kreistages immer aus Döbeln nach Hartha geschafft werden müssen.

Nach der Begrüßung und den einleitenden Formalitäten stand die **Vereidigung des Landrates** auf dem Programm. Das älteste Mitglied des Kreistages, Herr Vivus aus der Fraktion der Freien Wähler hat diese Aufgabe übernommen. Nach diesem Ritual haben wir dem Landrat einen Strauß roter Nelken überreicht und viel Erfolg für seine Arbeit gewünscht. Auch wenn es nicht im Programm stand, hat der Landrat eine Antrittsrede gehalten und seine Ziele vorgestellt.

Eine Neuerung gab es bereits in der folgenden **Bürgerfragestunde**. Die eingereichten schriftlichen Anfragen werden auch schriftlich beantwortet. Es gab aber auch Bürger, die ihre Fragen bzw. Statements direkt gestellt bzw. vorgetragen haben.

Die **Informationen des Landrates** waren wie immer sehr umfangreich. Die Chefin der Ausländerbehörde, Frau Nötzold, gab bekannt, dass die Unterbringung der gesunkenen Zahl ukrainischer Flüchtlinge unproblematisch ist. Sorgen bereiten deutlich steigende Zahlen von Flüchtlingen aus Syrien, Iran, Afghanistan und anderen Ländern. Hier sind die Unterbringungskapazitäten jetzt schon fast am Limit. Wenig rosig waren auch die Aussagen des Abteilungsleiters Finanzen und Controlling, Dr. Trumpp, bei seiner Vorstellung des Halbjahresberichtes über den Haushaltsvollzug. Er erklärte, dass am Jahresende kaum noch liquide Mittel bzw. Rücklagen vorhanden sein werden.

Mit der **Wahl des zweiten Beigeordneten** stieg die Spannung im Saal. Nachdem die zwei Kandidaten sich vorgestellt hatten, ging es an die Wahlurnen. Das Ergebnis war wie erwartet. Jörg Höllmüller gewann mit überwältigender Mehrheit. Der zweite Bewerber Eric Maes, konnte lediglich vier Stimmen verbuchen. Natürlich gab es von uns auch für Herrn Höllmüller eine Blumenstrauß. Schließlich hat er auch bisher

gute Arbeit geleistet.

Wie erwartet wurde der Verwaltungsrat der **Kreissparkasse Döbeln** für das Jahr 2021 entlastet. Wie in den Jahren zuvor hat die Sparkasse auch in 2021 einen ordentlichen Gewinn erwirtschaftet. Daraus erhält der Landkreis immerhin über 434.000 Euro. Erfreulich ist es auch, dass die Sparkasse im Vergleich des Giroverbandes stabil Spitzenplätze einnimmt.

Die folgende 1. Richtlinie zur **Änderung der Richtlinie zur Gewährung von Kosten der Unterkunft und Heizung in den Rechtskreisen SGBII und SGBXII** wurde auf Antrag der CDU – Fraktion in den Ausschuss zurück verwiesen! Für unsere Fraktion hat Jörg Hommel zurecht darauf verwiesen, dass den Anspruchsberechtigten damit jede Sicherheit genommen wird.

Die Information zur **Nachkalkulation der Abfallgebühren** für die Jahre 2020/21 war insofern interessant, dass für diesen Zeitraum ein Gebührenüberschuss von über 2,6 Mio Euro festgestellt wurde. Diese Summe muss gebührenmindernd bis spätestens 2026 in die Kalkulation einfließen.

Im nächsten Tagesordnungspunkt hat der Kreistag den Beitritt des Landkreises mit dem Gebiet des ehemaligen Landkreises Mittweida als Gründungsmitglied in die **Destinationsmanagementorganisation Chemnitz Zwickau Region e.V.** zum 01.03.2023 beschlossen. Damit soll das Gebiet touristisch besser vermarktet werden.

Die folgenden Verträge zum Breitbandausbau sowie die Ermächtigung des Landrates zur Zuschlagserteilung für Erdgas und Strom für Objekte der Verwaltung wurden ohne Diskussion beschlossen. Auch die überplanmäßigen Ausgaben für die Sozialumlage von über 14 Mio Euro mussten beschlossen werden.

Den Antrag der AfD, der unter der Überschrift „Transparenz für alle“ ein **Konzept für eine Online-Übertragung der Kreistags-Sitzungen** und den Vorschlag enthielt, ab 2023 die **Sitzungen im Rotationsprinzip** durchführen, hat für unsere Fraktion Dr. Jana Pinka in der Diskussion als janusköpfig bezeichnet! Begründet hat sie das damit, dass ein ähnlicher Antrag im Stadtrat von Freiberg durch die AfD vehement abgelehnt worden war. Ich gehe davon aus, dass der Landrat ein exzellenter Kenner der Materie ist und finanzierbare Möglichkeiten vorschlagen wird; ohne das es dafür den Antrag einer Fraktion braucht.

aktuelles aus dem Landratsamt

mittelsächsische Industrie-ProduktSCHAU für regionale Unternehmen

Mehr als 100 mittelsächsische Unternehmer beschließen Vernetzung und gemeinsame Sichtbarkeit bei Netzwerktreffen in Freiberg mit Landrat Dirk Neubauer.

Am 6. Oktober trafen sich etwas 100 Vertreter der mittelsächsischen Wirtschaft aus Industrie und regionaler Produktion mit Landrat Dirk Neubauer und dem Referat für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung im DBI in Freiberg. Ziel war es, eine gemeinsame Konzeption anzuschließen, wie mittelsächsische Industriebetriebe und deren regionale Wertschöpfung noch besser nach außen und innen sichtbar gemacht werden können. Dies soll den Bekanntheitsgrad der mittelsächsischen Unternehmen steigern und die Bevölkerung für die mittelsächsische Industrie sensibilisieren und öffnen.

„Im Landkreis Mittelsachsen gibt es so viele verschiedene Unternehmen – nun gilt es, diese noch bekannter zu machen und besser miteinander zu vernetzen, um dieses wertvolle wirtschaftliche Potenzial für die Entwicklung der Region zu nutzen. Mir gefällt, dass die Unternehmen das aus sich selbst heraus gemeinsam mit dem Landkreis wollen“, sagte Landrat Dirk Neubauer über die Gespräche mit den Unternehmerinnen und Unternehmern.

Ein Ergebnis des unternehmerischen Austauschs ist das Konzept einer mittelsächsischen Industrie-Entdeckungstour. Vorbild ist die erfolgreiche regionale Produktschau mit mittelsächsischen Erzeugnissen für Endverbraucher, die seit ihrer ersten Eröffnung 2019 bereits mehr als 150.000 Menschen erreicht hat und aktuell im Foyer des DBI in Freiberg und im Bäckereimuseum in Oederan zu sehen ist.

Landrat Dirk Neubauer und Freibergs Oberbürgermeister Sven Krüger nehmen am 27. Oktober zu Bürgerthemen Stellung.

Energiekrise, Krieg in der Ukraine oder das Corona-Virus – dies sind nur einige der Themen, die das politische Tagesgeschehen beherrschen. Doch welche Themen davon bewegen die Mittelsachsen besonders? Die Stadt Freiberg startet dazu nun eine Online-Umfrage. Die Ergebnisse der anonymen Befragung greifen Landrat Dirk Neubauer und Oberbürgermeister Sven Krüger bei einer Bürgerinfo-Veranstaltung am 27. Oktober auf. In der Nikolaikirche sind ab 18:00 Uhr Bürger geladen, mit den Politikern über aktuelle Themen zu sprechen. Der Eintritt ist kostenfrei. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich.

Bei dem Info-Abend stellen der Landrat und der Oberbürgermeister die Energie-Situation und die Einführung des geplanten Nothilfefonds Energie der Stadt Freiberg vor. Anschließend stehen sie den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort. Dabei sollen die Themen im Vordergrund stehen, die den Mittelsachsen besonders unter den Nägeln brennen. „Am Schreibtisch oder am Küchentisch – die angespannte Energieversorgung, Sparmaßnahmen und gestiegene Preise beherrschen derzeit die Gespräche.“

Mit der Online-Umfrage wollen wir ermitteln, was die Mittelsachsen wirklich umtreibt“, erläutert Oberbürgermeister Krüger das städtische Stimmungsbarmeter und lädt zur Beteiligung ein. „Wir müssen miteinander reden“, ergänzt Landrat Dirk Neubauer. „Diese Krisenlage ist für uns alle herausfordernd. Gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden, statt aufeinander zu zeigen, ist die dringendste Aufgabe. Dazu gehört auch diese Möglichkeit der Debatte.“

was geschah im kreisverband der mittelsächsischen linken vor 14 jahren ?

Im September des vergangenen Jahres haben wir unsere neue Serie unter dem Motto „Was damals geschah“ gestartet. Seitdem rufen wir unseren Leserinnen und Lesern Monat für Monat in Erinnerung, worüber die LinksWorte vor 14 Jahren berichteten. Zur Erinnerung: Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise war der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 neu gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen. Bereits Anfang 2007 trafen sich die drei Kreisvorsitzenden und die drei Fraktionsvorsitzenden der Kreistage, um über den Weg zur Kreisreform zu beraten. Im Herbst 2007 wurde auf einer Delegiertenkonferenz der Vorstand des Regionalverbundes gewählt. Am 8. Juni 2008 fanden dann die Landrats- Kreistags- und Bürgermeisterwahlen statt. In unserer heutigen Ausgabe berichten wir über die „LinksWorte“ vom Oktober 2008. Auf dem damaligen Titelbild kündigten wir zum Auftakt unserer Serie „echte Mittelsächsische Knüller“ für die November-Ausgabe einen Artikel über die Döbelner Pferdebahn an. Am 6. September 2008 hatte in Roßwein der erste Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN stattgefunden. Zu diesem Zeitpunkt stand bereits fest, dass im Jahr 2009 ein echter Wahlmarathon über die Bühne gehen würde: Anfang Juni Europa- und Kommunalwahlen, Ende August Landtagswahlen



und Ende September Bundestagswahlen. Wir berichteten in unserer Oktober-Ausgabe 2009 darüber, dass sich der Kreisvorstand am 6. Oktober im „Haus der Demokratie“ in Döbeln erstmals zu möglichen Direktkandidat*innen für den neuen Bundestagswahlkreis 162 „Mittelsachsen“ und die fünf Wahlkreise zu den Landtagswahlen verständigte. Weiterhin

wurde ein Aktiv berufen, dem Vertreter aller 14 künftigen Kreistagswahlkreise angehörten. Dieses Aktiv wurde beauftragt, bis Ende November 2008 ein Gesamtkonzept zur Vorbereitung der Wahlen im Jahr 2009 vorzulegen. Auf der Grundlage dieses Konzeptes sollte - einschließlich des Plans zur Wahlkampffinanzierung - ein Aktionsplan für den

Wahlkampf 2009 erarbeitet werden. Die vom Kreisvorstand damals beschlossene Geschäftsstellen-Struktur sah übrigens vor, dass der Kreisverband Geschäftsstellen in Döbeln, Freiberg und Mittweida unterhält. Bei Bedarf konnten weitere Büros bei den Ortsverbänden unterhalten werden. Das war in Burgstädt, Brand-Erbisdorf, Flöha, Frankenberg und Rochlitz der Fall. Ein markantes Thema im Oktober 2008 waren Ereignisse im Stadtrat von Dresden am 11. September 2008. Dazu veröffentlichen wir in den „LinksWorten“ Standpunkte der Genossen Achim Grunke (Freiberg), Michael Matthes (Oberschöna) und Hans-Jürgen Kühn (Flöha). Was war geschehen? Der langjährige Sprecher der Linksfraktion im Dresdener Stadtrat und Vorsitzende des dortigen Haushaltsausschusses Roland Weckesser war von seiner Fraktion von seinen Funktionen abgesetzt worden, nachdem er gemeinsam mit vier weiteren Fraktionsmitgliedern einen Antrag des rechtsextremistischen Nationalen Bündnisses zu einer Schweigeminute für die Opfer der Terroranschläge am 11. September in den USA zugestimmt hatte. Dazu gab es eine gemeinsame Erklärung u.a. vom Landesvorstand und den Kreisvorsitzenden der LINKEN, in welchem Roland Weckesser und seine vier „Mitschreiber“ aufgefordert wurden, die Partei zu verlassen. Dazu kam es nicht, aber die Landtagsfraktion schloss sie - wie bereits erwähnt - aus der Fraktion aus. Die Linksfraktion im Dresdener Stadtrat war bereits im März 2006 ins Gespräch gekommen, als neun von 17 Abgeordneten dem Verkauf der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft Woba an eine amerikanische Investorengruppe zustimmten. Roland Weckesser erklärte am 1. Juni 2009 seinen Austritt aus der LINKEN.



Das Titelthema -1- der Oktober-Ausgabe 2008 stand unter der Überschrift „Neues Leben in unseren alten Innenstädten“. Grund dafür war eine am 1. August 2008 inkraft getretene Verwaltungsvorschrift, die neue Akzente der städtebaulichen Erneuerung setzte. Bereits 2002 wurde die „erweiterte Bahnhofsvorstadt Freiberg“ in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Bei der damaligen Auswahl der Bilder zu diesem Projekt konnten wir 2008 allerdings noch nicht ahnen, dass sich die Kreisgeschäftsstelle der LINKEN inzwischen in der erweiterten Bahnhofsvorstadt befindet (oberes Bild). Die maroden Fabrikgebäude unmittelbar am Bahnhof im unteren Bild sind inzwischen einem Handelszentrum gewichen.



Unter der Überschrift „Das Treibhaus von Döbeln - ein Verein macht Furore“ stellten wir im Titelthema -3- den Verein Treibhaus e.V. vor. Damals existierte er bereits elf Jahre und war der einzige soziokulturelle Verein im ehemaligen Landkreis Döbeln. Im Jahr 2007 erwarb der Verein das „Haus der Demokratie“, inzwischen gehört auch das „Haus der Vielfalt“ zum Verein. Bis heute zeichnet sich der Treibhaus e.V. durch eine Vielzahl und Vielfalt von Veranstaltungen und offenen Angeboten aus.

Bereits im August haben wir als Kreisverband drei Regionalkonferenzen zum Themenschwerpunkt „Vorbereitung Kommunalwahl 2024“ durchgeführt. (Anmerkung der Redaktion: Wir haben in Wort und Bild im September darüber berichtet). Das Ziel der Konferenzen bestand darin, aus den erfolgreichen Landratswahlen und der Unterstützung der Kandidatur von Dirk Neubauer die Kommunalwahlen 2024 in den Blick zu nehmen und gleichzeitig in den Austausch mit unseren bisherigen kommunalen Mandatsträger*innen zu treten. Es hat sich gezeigt, dass das Format für die zukünftige Arbeit im Kreisverband sinnvoll erscheint und neben dem jährlichen Kreisparteitag einen Austausch in kleinerer Gruppengröße kommunaler Mandatsträger ermöglicht.

Die Landratswahl wurde übergreifend als sehr positiv eingeschätzt, gleichzeitig wurde aber auch darauf hingewiesen, dass eine Parteimitgliedschaft auf kommunaler Ebene immer unpopulärer wird.

Während auf kommunaler Ebene die Möglichkeit der Aufstellung gemeinsamer Listen mit anderen Parteien diskutiert wurde, ist dies bei der Europa- und Landtagswahl indiskutabel. Der Vorteil gemeinsamer Listen/Wählervereinigungen mit anderen Parteien wäre die Vermeidung der Konkurrenzsituation, um die Ansprache parteiloser Kandidat*innen für eine bestimmte Liste zu ermöglichen sowie die Bündelung gemeinsamer Ressourcen. Der Nachteil ist zum einen die Verringerung der Sichtbarkeit der Partei DIE LINKE., zum anderen die damit verbundenen Einschränkungen. Denn in einigen Gemeinden arbeiten wir bereits gemeinsam im Stadtrat überfraktionell zusammen, in anderen haben wir schlicht keine Möglichkeit dafür. Zudem hängt es oft von den Akteur*innen vor Ort ab. Zusammenfassend kam die Idee auf, ein Kernteam als Ansprechpartner*innen für das Superwahljahr 2024 zu schaffen, denn im übernächsten Jahr finden zusammen mit der Kommunalwahl die Europawahl und im Herbst 2024 die Landtagswahl statt.

In Vorbereitung der Kommunalwahl wurde nach Ansicht der Teilnehmer der Regionalkonferenzen deutlich: Kommunalpolitik ist keine Landes- und keine Bundespolitik. Kommunalwahlen sind Personenwahlen, d. h. man wählt Leute, die man kennt, Persönlichkeiten, die zu unserer Sache stehen.

In diesem Zusammenhang wurde mit großem Interesse den **Ausführungen von Carsten Graf als neugewählten Bürgermeister der Stadt Leisnig** (mit Unterstützung der LINKEN) gefolgt. Er wies darauf hin, dass man im Wahlkampf immer drei Bereiche betrachten sollte: ein Konzept, die entsprechenden Medien und auch die Umsetzung des Konzepts. Mit seinem Slogan: „Es ist Zeit für Team Leisnig“ hat er entsprechend breit um Mitwirkung bei der Bürgermeisterwahl geworben. Dies setzte er in einem mehrstufigen Verfahren um: Neben einer ersten Veröffentlichung (Bild) von Team Leisnig wurde ein zweites Bild veröffentlicht unter dem Titel: „Wir gehören auch zum Team Leisnig“, in welchem vor allem Jugendliche Unterstützung bekundeten. Darüber hinaus hat Carsten Graf Gespräche zu Unternehmern und Familien gesucht und dementsprechend ein drittes Bild veröffentlicht, mit allen gemeinsam. Der Wahlkampf lief natürlich nicht ohne Sticheleien von Seiten der CDU. Diesen begegnete er in Form eines offenen Briefes, in dem er auf alle Kritikpunkte aus eigener Sicht eingegangen ist. Zum Schluss wies er auf die Wichtigkeit der Internetpräsenz hin, die man neben den klassischen Medien und Materialien einbeziehen muss: Welche Plattformen werden von der Mehrheit genutzt?

Ein Thema, welches uns auf allen drei Regionalkonferenzen begegnete, war die **Frage der Gewinnung von jungen Menschen für unsere Politik**. Insbesondere der nicht aktive Jugendverband in Mittelsachsen stellt uns vor Probleme, wobei von zyklischen

Schwankungen der Mitgliederstrukturen gesprochen werden muss. Es gab Jahre, in denen wir einen starken Jugendverband hatten, wenn entsprechende engagierte Akteure tätig waren (Beispiel: Robert Sobolewski & David Rausch). Wenn diese wesentlichen Akteure allerdings die Altersgrenze der Mitgliedschaft im Jugendverband überschritten haben, brach die gesamte Jugendstruktur im Kreis meist in kurzer Zeit ein. Die Debatte drehte sich zudem um die Nachhaltigkeit der Ansprache und die Möglichkeit der Aktivierung junger Menschen, da diese oftmals aus beruflichen oder persönlichen Gründen in die Städte ziehen. Dabei bleiben sie zwar oft der Partei erhalten, aber nicht dem Kreisverband. Es wurde darüber hinaus die Frage diskutiert, ob wir als Kreisverband nicht eher die mittlere Generation ab 30 Jahren ansprechen sollten, die bereits vor Ort verwurzelt scheint und dort Familie und Tätigkeit haben. Dies wäre ein möglicher Ansatz, um die Partei zukunftsfähig zu gestalten. Das Argument wird davon unterstützt, dass es uns als Partei gelungen ist, insbesondere in den Kommunen, in denen a) Menschen dieser Alterskategorie oft mit Multiplikator*inneneffekten verbunden werden können, da sie Menschen aus ihrem persönlichen Umfeld gewinnen konnten, für die LINKE aktiv zu werden und b) eine Verbindung zwischen einer „Mandatsübergabe“ und Stabilisierung der Ortsverbandsstruktur festzustellen ist.

Gleichzeitig sollten wir aber auch **Angebote an junge Menschen** (Treffen im Büro – offen) und Möglichkeiten zur Beteiligung schaffen. Zudem sollten wir als Linke ebenso die politische Bildung stärken und z. B. gemeinsame Fahrten organisieren oder auch Veranstaltung mit jugendspezifischen Themen organisieren. Wir sollten dabei das Gehör für die Interessen der Jugendlichen intensivieren, was auch mit besseren Chancen, einen Sitz im Gemeinde-/Stadtrat zu erhalten, verbunden werden kann. In diesem Zusammenhang wurde auch das Thema einer Mandatszeitbegrenzung diskutiert, die aber auf dem letzten Landesparteitag mehrheitlich abgelehnt wurde. Zum Landesparteitag am 05. November liegt ein diesbezüglicher Antrag vor. Bereits bei der Landtagswahl 2019 wurde eine indirekte Erneuerungsquote/Jugendquotierung angewandt.

Im Ergebnis der Regionalkonferenzen wird sich der Kreisverband im Jahr 2023 mit folgenden Themenschwerpunkten befassen:

- Bildung eines Teams „Wahlen im Kreisverband“: Diese Gruppe soll sich mit vier wesentlichen Fragen beschäftigen:**
 - Kandidatenfindung - Wer kandidiert erneut und wie kommen wir zu Kandidierenden und mit welchen Themen?**
 - Wahlprogramm - welche Akteure sprechen wir an und welche Interessen wollen wir vertreten?**
 - Wahlwerbung - wie erreichen wir die Menschen für unsere politische Arbeit?**
 - Wie gelingt uns eine schnellere Reaktion auf tagesaktuelle Themen?**
- Gründung einer AG zur Stärkung der Jugendarbeit im Kreisverband**
- In welcher Form können wir das Aktivierungsprogramm des Kreisverbandes fortsetzen und dabei gezielt Menschen ab 30 Jahren ansprechen?**
- Erstellung einer Wahlkampfstrategie & eines Fahrplans für das Superwahljahr 2024**



Zwischen dem 14. September und dem 5. Oktober suchte die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** mit ihrem Team auf den Marktplätzen in Döbeln, Freiberg, Leisnig, Mittweida, Rochlitz und Waldheim im Rahmen von Air-Frame-Aktionen Gespräche mit den Anwohner*innen und informierten über die Gaspreisentwicklungen und andere Teuerungen. Mit Mikrofon und Werbematerial verdeutlichte sie die Forderungen der LINKEN und betonten, dass Heizung und Strom ein Gemeinrecht und für jeden bezahlbar sein sollten. Unsere Aufgabe ist es nun, den Unmut und die Wünsche der Bevölkerung, welche in den Gesprächen zum Ausdruck gebracht wurden, in die Parlamente zu bringen. Unsere Bilder zeigen (von links) die Aktionen auf den Marktplätzen von Döbeln, Mittweida und Rochlitz.

Kurz informiert

Zum Thema „**sexualisierte Gewalt**“ fand am 27. September in Freiberg eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt, bei welcher über Begrifflichkeiten, Rechtsgrundlagen, aktuelle Statistiken und Hilfsanlaufstellen gesprochen wurde. Ziel der Veranstaltung war es, eine gewisse Sensibilität für diese Thematik zu schaffen.

Am 21. September fand vor dem Landtag eine von der Gewerkschaft GEW organisierte

Demonstration „Raus aus dem Bildungsnotstand“ statt. Dabei kam Marika Tändler-Walenta als KiTa-politische Sprecherin mit Mitgliedern der GEW ins Gespräch (unser Foto).



Hört man sich in der Diskussion zum geplante „Bürgergeld“ um, so ist es nicht nur in der Wirtschaft und den zuständigen Behörden, sondern vor allem unter der arbeitenden Bevölkerung hochumstritten. Die Ausgangslage ist doch die, dass in unserem Land mittlerweile ein gravierender Arbeits- und Fachkräftemangel besteht und zugleich rund 2,5 Mio. erwerbslose Menschen vom Sozialsystem ihre Unterstützung zum Lebensunterhalt erhalten. Für viele in der Gesellschaft ein Widerspruch in sich.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil preist das „Bürgergeld“ als eine der größten Sozialreformen der vergangenen 20 Jahre. Danach sollen fünf Millionen Empfänger einen um gut zehn Prozent höheren Regelsatz (502 statt 449 Euro) erhalten, ein höheres Schonvermögen behalten und in den ersten zwei Jahren des Bezugs in ihren Wohnungen unabhängig von deren Größe bleiben dürfen. Bei den Sanktionen, etwa für Terminversäumnisse, soll es im ersten halben Jahr eine sogenannte „Vertrauenszeit“ geben, in der die Leistungen nicht wie bisher gekürzt werden können. Nun hat auch der Bundesrechnungshof dazu klar Stellung bezogen.

In einem Bericht des Bundesrechnungshofs an den Haushaltsausschuss des Bundestags wird dieser Gesetzesentwurf scharf kritisiert. Die zweijährige Karenzzeit, in der bei Beziehern und Bezieherinnen das Vermögen überhaupt nicht berücksichtigt wird und stattdessen Wohnung und Heizung weiterbezahlt werden, gehe (Zitat) „weit über die in der Covid-19-Pandemie gewährten Erleichterungen hinaus“. Der Bundesrechnungshof sieht einen großen Widerspruch zu der weiterhin geltenden Zielsetzung des SGB II, eine vorübergehende Unterstützung bei Hilfsbedürftigkeit von Arbeitssuchenden sicherzustellen. Es sei nicht erkenntlich, dass eine so lange Karenzzeit erforderlich ist und empfiehlt eine deutlich kürzere Karenzzeit. Weiter sollten die Regelungen des Gesetzes zunächst befristet und nach Ende der Frist ausgewertet werden, bevor man sie dauerhaft einführt.

Auch dass die Selbstauskunft der Antragsteller ausreichende, kein erhebliches Vermögen zu besitzen, sieht der Bundesrechnungshof skeptisch: „Der Verzicht auf jegliche konkretere Angabe eröffnet Mitnahme- und Missbrauchsmöglichkeiten.“ Stattdessen sollten Antragsteller verpflichtet werden, im Antrag konkrete Angaben über die Höhe ihres Vermögens zu machen. Schließlich gehe es um die Verwendung von Steuermitteln. Dass beim Bürgergeld auch das Schonvermögen der Leistungsempfänger sich deutlich auf 60.000 Euro für den Antragsteller sowie 30.000 Euro für jede weitere Person, die seinem Haushalt („Bedarfsgemeinschaft“) angehört, erhöht, wird weiter kritisiert. Dass eine Familie mit zwei Kindern folglich 150.000 Euro Vermögen besitzen und trotzdem Hartz IV beantragen darf, nennt der Bundesrechnungshof wörtlich „Unverhältnismäßig hoch“. Der Bundeshaushalt solle nicht mit dem Leistungsbezug von Personen belastet werden, bei denen grundsätzlich von einer ausreichenden Eigenleistungsfähigkeit ausgegangen werden kann. Bislang liegt der Vermögensfreibetrag für Hartz-IV-Empfänger bei 3.100 Euro pro Person. Er kann abhängig vom Alter bis auf 10.050 Euro steigen.

Auch der Verzicht auf Sanktionen in den ersten sechs Monaten des Bezugs, wenn Termine verpasst oder Änderungen im beruflichen Status nicht umgehend angezeigt werden, ist nach Ansicht des Bundesrechnungshofs völlig falsch. „Prüfungserkenntnisse zeigen, dass sich bereits die präventive Wirkung von Sanktionen positiv auf die Zusammenarbeit der Leistungsberechtigten mit dem Jobcenter, den Vermittlungsprozess sowie die Dauer des Hilfsbezugs auswirken“, steht in dem Bericht an den Haushaltsausschuss. Das Bundesarbeitsministerium wird aufgefordert, die Erfahrungen mit dem Aussetzen von Sanktionen während der Pandemie zunächst einmal auszuwerten, bevor beim Bürgergeld auf Sanktionen verzichtet wird.

Ähnliche Kritik ist zum „Tag der Jobcenter“ am 15. September in Berlin formuliert worden, zu dem sich 500 Führungskräfte aus Jobcentern ganz Deutschlands zusammentrafen. Von Teilnehmern wurde unter anderem die Sorge geäußert, dass der vorübergehende Wegfall von Sanktionen den Missbrauch der Leistungen erhöhen könne. Entgegen dem Ziel der Bundesregierung, die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt stärker in den Mittelpunkt zu stellen, würden damit Anreize, das Leistungssystem zu verlassen, reduziert. Prof. Dr. Rainer Schlegel, Präsident des Bundessozialgerichts, hinterfragte in seinem Eröffnungsvortrag den Bürgergeld-Entwurf vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen des Sozialstaates in der jetzigen Krisensituation nachdrücklich.

Dass eine Reform der Hartz-IV-Regelung notwendig ist, daran zweifeln freilich die wenigsten. Auch nicht der Bundesrechnungshof und die Jobcenter. Die verbesserten Hinzuverdienstmöglichkeiten oder die grundsätzliche Abkehr vom Vermittlungsvorrang wird allseits begrüßt. Mit letzterem soll vor allem erreicht werden, dass Arbeitslose nicht mehr in sinnlose Bewerbungstrainings oder Weiterbildungsmaßnahmen gezwungen werden, sondern in Ruhe nach einem passenden Angebot geschaut werden kann.

Das setzt jedoch voraus, dass die Leistungsbezieher auch Arbeitssuchende im wirklichen Sinne sind. 2021 betrug die Quote der Langzeitarbeitslosen, also Menschen, die länger als 1 Jahr erwerbslos waren, rund 40 Prozent. Deren Gründe sind vielschichtig. Besonders betroffen sind ältere Arbeitnehmer ab 55 Jahren. Das Alter ist eines der häufigsten Einstellungshindernisse. Ältere suchen teils länger als zwei Jahre nach einem Job. Insgesamt gibt es hier mehr langzeitarbeitslose Männer als Frauen. Gut die Hälfte davon besitzt keinen formellen Berufsabschluss. Eine geringe Qualifikation ist damit der zweithäufigste Grund, in die Langzeitarbeitslosigkeit zu geraten.

Langzeitarbeitslos zu sein, ist in vielen Fällen daher kein selbst gewähltes Schicksal, sondern hat u.a. mit gesundheitlichen Problemen, dem Alter und auch Vorurteilen zu tun. Es ist aber auch eine Tatsache, dass einige erwerbsfähige Menschen ohne Arbeit (2018 in Mittelsachsen 61 Prozent), oft Jugendliche aus bildungsfernen Familien und Arbeitslose bis zum 50. Lebensjahr, sich nicht gerade durch eine intensive Suche nach Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätzen auszeichnen. Teilweise auch Leistungsbezieher schon in der 2. Generation. In einem Forschungsprojekt des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum zur Gerechtigkeitsfrage, wurden jüngst 560 Langzeitarbeitslose dazu befragt und zwei Drittel der Befragten antworteten mit „ja“ auf die Frage, ob viele Hartz-IV-Empfänger das System ausnutzen. Dadurch geraten Menschen, die unverschuldet arbeitslos, aber arbeitswillig sind, in Misskredit, den das „Bürgergeld“ eben nicht ausräumt.

Die Einführung des „Bürgergeld“ wirft aber noch weitere Probleme auf. Während sich Beschäftigte mit geringen und mittleren Einkommen, gerade in diesen Krisenzeiten, mit den rasant steigenden Kosten für Strom, Heizung, Wohnung, Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung u.ä. herumschlagen müssen, bleiben Leistungsbezieher weitestgehend davon verschont. Da nach dem Gesetzesentwurf der Regierungskoalition also staatliche Leistungen während einer sechsmonatigen „Vertrauenszeit“ auch dann kaum angetastet werden, wenn Arbeitslose mehrfach Termine im Jobcenter ignorieren oder versäumen, verstärkt sich bei den Erwerbstätigen der Eindruck, dass diese Gesetzesreform ihre Sorgen und Ängste außer Acht lässt und es für derzeitige Geringverdienende vielleicht sinnvoller ist, ihre Arbeitsverhältnisse auch zu verlassen. Wenn sogar erfahrende Angestellte von Jobcentern das Bürgergeld hinter vorgehaltener Hand als demotivierend bewerten und einen Anstieg der Leistungsanträge vorhersehen, sollte das zu denken geben.

Nach Einschätzung einiger Jobcenter bleibt bei einem Minijob inklusive Bürgergeld zum Aufstocken mehr Geld, als mit einem regulären Vollzeitjob eines Mindestlohnverdieners. Nicht zuletzt steht vor allem das aktuelle Controlling der Bundesagentur im krassen Widerspruch zu den Zielen des Bürgergeldes. Auf der Grundlage eines aufwendigen Systems aus „Qualitätskennzahlen“ und „Steuerungszielen“ steht das Fördern hier im Vordergrund. Kern des Gesetzes der Ampelregierung ist es aber, dass das Fördern künftig größer und das Fördern kleiner geschrieben wird. Somit soll ein Gesetz verabschiedet werden, dass zum Start weder über die dafür nötigen Steuerungsinstrumente, noch den erforderlichen Mehrbedarf an qualifizierten Personal und die entsprechenden Finanzen verfügt. Hier zeigt sich m.E. erneut, dass diese Ampelregierung nicht in der Lage ist Gesetzesentwürfe zu erarbeiten, die wirklich durchdacht sind und dem eigentlichen Zielen eines Gesetzes dienen. Dieser Bürgergeldmodell führt jedenfalls zu keiner sozialeren und gerechteren Reform des Hartz-IV-Systems!

Aus all den genannten Gründen bin ich ein Gegner des jetzigen Gesetzesentwurfs zum „Bürgergeld“. Wenn die nötigen Voraussetzungen zur Einführung am 1. Januar 2023 noch nicht vorhanden sind und die Signale an die Erwerbstätigen derart demotivierend wahrgenommen werden, sollte man gerade in diesen schwierigen Zeiten, ausgewogenere und wirklich sozial gerechte Unterstützungen der Leistungsträger und Leistungswilligen finden.

Mir ist bewusst, dass ich mit dieser Auffassung vielleicht nicht auf breite Zustimmung der Leser stoßen werde. Das Ziel dieses Artikels ist das Kennenlernen meiner Meinung, welche aus den Erfahrungen mit Leistungsbeziehern gespeist ist und den vielen, oft aufgeregten, Gesprächen in der Einwohnerschaft oder mit der Wirtschaft der letzten Wochen.

Die LINKE wird bei der breiten Bevölkerung in der politischen Auseinandersetzung mit der derzeitigen Regierung leider viel zu wenig wahrgenommen. Wer gegen das jetzige Modell des „Bürgergeld“ argumentiert, dem wird in unserer Partei oft fälschlicherweise unsoziales Denken unterstellt. Das Ausblenden der derzeitigen Debatte um das „Bürgergeld“ überlässt jedoch anderen Parteien das Feld und ist sicher dem Grundanliegen einer Reform des Hartz-IV-Gesetzes nicht hilfreich.

zum bevorstehenden landesparteitag

Am 5. November findet in Löbau die **3. Tagung des 16. Landesparteitages** statt. Im Mittelpunkt wird nicht - wie seit langem angekündigt - ein neues Finanzkonzept für den Landesverband stehen, mit welchem ein solidarischer Finanzausgleich zwischen dem Landes- und den Kreisverbänden sowie zwischen „reichen“ und „armen“ Kreisverbänden erreicht werden soll. Stattdessen wird zunächst ein Leitartikel unter der Überschrift „Für ein nachhaltiges Sachsen - Wohlstand erhalten, Beschäftigte schützen“ durch die beiden Landesvorsitzenden eingebracht und zur Diskussion gestellt. Nach der Mittagspause findet zunächst ein Finta*- Plenum statt (*Finta steht für Frauen, Inter Menschen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen und Agender Menschen, die Redaktion*). Danach werden Berichte an den Parteitag gegeben, bevor es um das Finanzkonzept gehen wird.

Ein Novum ist, dass zum Tagesordnungspunkt „Diskussion und Beschlussfassung zu einem neuen Finanzkonzept“ zwei konkurrierende Finanzmodelle vorliegen, die beide vom Kleinen Parteitag (der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand) eingebracht werden.

Laut den vorliegenden und im Internet nachzulesenden Anträgen wird der Parteitag u.a. über die Bildung eines Parteirates anstelle des Kleinen Parteitages und über die Auflösung der Landesarbeitsgemeinschaft Deutsch Russische Freundschaft beraten.

über sanktionen in der internationalen politik

von ACHIM GRUNKE

Zwangsmaßnahmen gegen Staaten waren schon immer ein probates Instrument der Politik: nehmen wir nur die von Napoleon zwischen 1806 und 1813 verhängte Kontinental Sperre gegen das britische Königreich oder die Seeblockade Großbritanniens gegen das Deutsche Kaiserreich im I. Weltkrieg, die sogar noch nach dem Waffenstillstand vom November 1918 bis zum 12. Juli 1919 fortgeführt wurde, um die Zustimmung Deutschlands zur Unterzeichnung Versailler Friedensvertrags im Sommer 1919 zu erzwingen.

In Artikel 16 des Völkerbunds, der Vorgängerorganisation der UNO zwischen 1919 und 1945 waren Sanktionen gegen einen Staat vorgesehen, der zum Krieg als Instrument der Streitbeilegung zurückgriff. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, „unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen zu ihm abzubrechen, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des vertragsbrüchigen Staates zu untersagen und alle finanziellen, Handels- und persönlichen Verbindungen zwischen den Staatsangehörigen dieses Staates und jeden anderen Staates, gleichviel ob Bundesmitglied oder nicht, abzuschneiden.“

Auch der UNO-Sicherheitsrat kann nach Artikel 41 der UNO-Charta beschließen, „welche Maßnahmen, die keine Anwendung von Waffengewalt in sich schließen, zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen, und er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen durchzuführen. Diese Maßnahmen können die völlige oder teilweise Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen, der Eisenbahn-, Schiffs-, Flug-, Post-, Telegraphen-, Radio und sonstigen Verbindungen sowie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen umfassen.“ Ein Beschluss des Sicherheitsrats kommt jedoch nur zustande, wenn keines der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) ein Veto einlegt.

Sanktionen gegen einzelne Staaten werden auch von Staatenverbänden (z.B. Europäische Union), von internationalen Organisationen (z.B. Welthandelsorganisation) oder auch von wirtschaftsmächtigen Einzelstaaten verhängt.

Begriff und Zweck

Wirft man einen Blick ins Handwörterbuch Internationale Politik, wird man dort den Begriff „Sanktionen“ vergeblich suchen. In der Enzyklopädie Philosophie hingegen wird dem Begriff „Sanktion“ u.a. folgende inhaltliche Bedeutung zugewiesen: eine angedrohte oder verhängte Zwangsmaßnahme gegen einen Täter bzw. eine Tätergruppe im Fall von Normverletzungen oder von nicht erfüllten Verhaltenserwartungen.

„Sanktionen zielen in der Regel darauf ab, das Verhalten des sanktionierten Landes zu ändern. Die Ziele von Sanktionen reichen von der Beilegung von (gewaltsamen) Konflikten, Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen, der Förderung von Demokratisierung und Nichtverbreitung bis hin zu handels- oder industriepolitischen Fragen. Politisch gesehen können Sanktionen Regierungen stabilisieren oder destabilisieren, zu Machtverschiebungen innerhalb von Ländern führen und die politischen Beziehungen zwischen dem sanktionierenden Land und dem Zielland der Sanktion verändern.“ (www.ifw-kiel.de)

Der Rat der Europäischen Union unterscheidet Diplomatische Sanktionen: dazu gehören etwa der

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem Land, gegen das sich die Sanktionen richten, oder der koordinierte Abzug der diplomatischen Vertreter der EU und ihrer Mitgliedstaaten und Sanktionen im engeren Sinne - sie erfordern eine spezifische Rechtsgrundlage in den EU-Verträgen - dazu gehören:

- Waffenembargos;
- Einreisebeschränkungen für gelistete Personen (Reiseverbot): die Betroffenen dürfen nicht in die EU einreisen oder - wenn sie Unionsbürger sind - den Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, nicht verlassen;
- Einfrieren der Vermögenswerte von gelisteten Personen oder Organisationen: alle ihre Vermögenswerte in der EU werden eingefroren, und Personen und Einrichtungen in der EU dürfen ihnen keine finanziellen Mittel zur Verfügung stellen;
- Wirtschaftssanktionen oder Einschränkungen für bestimmte Wirtschaftszweige, u. a. Einfuhr- oder



Ausfuhrverbote für bestimmte Güter, Investitionsverbote, Verbot der Erbringung bestimmter Dienstleistungen usw.

Bei Sanktionen handele es sich um präventive Maßnahmen, die es der EU ermöglichen, auf politische Herausforderungen und Entwicklungen, die ihren Zielen und Werten entgegenstehen, rasch zu reagieren. Sanktionen richten sich beispielsweise gegen

- Terrorismus;
- proliferationsrelevante nukleare Tätigkeiten;
- Menschenrechtsverletzungen;
- die Annektierung fremder Hoheitsgebiete;
- die bewusste Destabilisierung eines souveränen Landes;
- Cyberangriffe.

(www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/different-types/)

Sanktionen gegen Russland

Seit März 2014 hat die EU schrittweise restriktive Maßnahmen gegen Russland verhängt. Ziel dieser Maßnahmen sei es, dem Kreml die Finanzierung des Krieges zu erschweren und der für die Invasion verantwortlichen politischen Elite Russlands spürbare wirtschaftliche und politische Kosten aufzuerlegen.

Die verhängten Wirtschaftssanktionen richten sich gegen die Finanzwirtschaft, den Handel, den Energiesektor, den Verkehrssektor, die Technologiebranche und den Verteidigungssektor.

Für den Energiesektor heißt das:

- Verbot der Einfuhr von Kohle aus Russland;
- Verbot der Einfuhr von Öl aus Russland, mit begrenzten Ausnahmen;
- eine Preisobergrenze für die Beförderung von

russischem Öl auf dem Seeweg in Drittländer;

- Verbot der Ausfuhr von Gütern und Technologien für die Erdö Raffination nach Russland;
- Verbot neuer Investitionen in den russischen Energiesektor.

Bei Rohstoffen und anderen Gütern heißt das:

- Verbot der Einfuhr von Eisen, Stahl, Holz, Zement, Meeresfrüchten und Spirituosen aus Russland in die EU;
- Verbot der Ausfuhr von Stahlerzeugnissen nach Russland;
- Verbot der Ausfuhr von Luxusgütern nach Russland;
- Verbot der Einfuhr von Gold aus Russland.

Wirkung umstritten

Von Sanktionen werden oftmals auch Personen betroffen, die die Politik des sanktionierten Staates gar nicht unterstützen, häufig treffen die Maßnahmen die gesamte Bevölkerung. Dahinter steht mitunter das fragliche Sanktionsziel, der Bevölkerung die Lebensqualität zu entziehen, damit sie gegen die Machthaber rebelliere und es sogar zu einer Änderung des Regimes komme.

Das Sanktionsregime gegen den Irak in den 1990er Jahren hatte aber dramatische humanitäre Auswirkungen auf die irakische Bevölkerung. Und die Organisation „Human Rights Watch“ gab in einer Presseerklärung vom 29.10.2019 bekannt, dass wegen der umfangreichen Sanktionen der Trump-Regierung der Iran kaum noch in der Lage sei, humanitäre Importe, darunter auch Medikamente, zu finanzieren. Das stellte die iranische Bevölkerung vor große Probleme und bedrohte das Leben und die Gesundheit der Menschen.

„Umfassende Sanktionen, die die breite Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen, sind mittlerweile stigmatisiert und delegitimiert. Insofern hat sich ein grundlegender normativer Wandel vollzogen. Das Konzept zielgenauer, einzig gegen die Schuldigen gerichteter Sanktionen entwickelte sich zum Ausweg aus der ethischen Problematik, die mit dem Einsatz breiter Sanktionen verbunden ist“ - deshalb in der Studie „Sanktionen in der internationalen Politik“ der Stiftung Wissenschaft und Politik vom November 2006.

Bedacht werden müsse auch die Rückwirkung auf die die Sanktionen verhängenden Staaten selbst, da die gegenseitige Abhängigkeit und Verwobenheit in den Wirtschaftsbeziehungen unausweichlich zu einem Rückkoppelungseffekt führe. (Hafner: Völkerrechtliche Grenzen und Wirksamkeit von Sanktionen gegen Völkerrechtssubjekte, 2016, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, www.zaoerv.de)

In Bezug auf die Sanktionen gegen Russland konstatierte das Handelsblatt vom 30.03.2022: „Die westlichen Wirtschaftskrieger müssen die Komplexität inklusive der Kollateralschäden ihrer Sanktionen mitdenken und bereit sein, diese mit Geld und Verzicht zu kompensieren. Das bedeutet, dass der Staat auf die Wirtschaft einen größeren Einfluss nehmen muss, als es zu Friedenszeiten nötig war.“

Und die Annahme, dass Deutschland mit den Energiekäufen Russlands Krieg finanziere und ein Embargo den Krieg schnell beenden könnte, ist zu bezweifeln. Auch bei einer Verschärfung der Sanktionen würden die russischen Truppen kurzfristig nicht aufgehalten. (www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656735.memorandum-2022.html)

kreisvorstand aktuell

Die für den 5. Oktober vorgesehene Beratung des Kreisvorstandes musste aus terminlichen Gründen abgesagt werden. Die nächste Sitzung ist für den 2. November vorgesehen.

in eigener sache

Im Zusammenhang mit dem sich ankündigenden Jahreswechsel und weniger Aktionen in der Adventszeit haben wir uns entschlossen, den Herausgabeplan der „LinksWorte“ für die kommenden drei Monate anzupassen. Die nächste Ausgabe wird - wie im Impressum auf Seite -2- vermerkt - am 7. Dezember erscheinen, die erste Ausgabe des Jahres 2023 am 25. Januar. Durch die Reduzierung auf zehn Ausgaben gilt natürlich eine reduzierte Spendenempfehlung von 10 Euro für das Jahr 2022, wie es dem Impressum ebenfalls zu entnehmen ist.

Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta teilt mit, dass im Rahmen der Bündnisarbeit für einen heißen Herbst ein zweites Vernetzungstreffen stattgefunden hat. Geplant ist eine weitere Austauschrunde und anschließend Ende November eine vom Bündnis getragene abschließende Demonstration, über deren Details man sich noch verständigen wird. Außerdem wird es im Rahmen des heißen Herbstes weitere Aktionen geben.

Ergebnis: Mitglieder treffen Entscheidung zum »Bedingungslosen Grundeinkommen«

Zur Abstimmung eines Mitgliederentscheids über die Aufnahme der Forderung zum »Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) im Parteiprogramm, erklärt der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Tobias Bank:
 »Eine Mehrheit, der teilnehmenden Mitglieder, hat sich beim Mitgliederentscheid für die Aufnahme eines »Bedingungslosen Grundeinkommens« (BGE) in die Programmatik der Partei entschieden. 56,64 % der Mitglieder sprachen sich dafür aus, 38,43 % dagegen. 18.667 Mitglieder gaben gültige Stimmen ab. Die Wahlbeteiligung mit gültigen Stimmen lag damit bei 33,22 % . DIE LINKE kämpft für einen starken Sozialstaat und eine armutsfeste sanktionsfreie Mindestsicherung und wird künftig das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in ihre Programmatik aufnehmen. Der Wunsch eines mehrheitlichen Teils wird nach einem Vorschlag des Parteivorstandes bei einem Parteitag zur Abstimmung gebracht. ... Neben den Diskussionen über einen Mitgliederentscheid hat unter den Mitgliedern in den letzten Wochen und Monaten eine intensive Diskussion über die Mittel zur Bekämpfung von Armut und die Befreiung von Schikanen durch das Jobcenter stattgefunden.«



unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im November 2022 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

JUTTA TEICHMANN	geb. am 06.11.1931,	in	Burgstädt
MAGDALENA SCHULZE	geb. am 12.11.1928,	in	Hainichen
ERHARD KÖHN	geb. am 13.11.1936,	in	Zettlitz
ULRIKE HERRE	geb. am 18.11.1956,	in	Halsbrücke
RAINER SENNEWALD	geb. am 18.11.1951,	in	Freiberg
SONJA KLUSKA	geb. am 18.11.1928,	in	Waldheim
CHRISTA AUERBACH	geb. am 19.11.1935,	in	Niederwiesa
GERTRAUD DIETEL	geb. am 25.11.1935,	in	Ostrau
KONRAD ULRICH-LEINAU	geb. am 30.11.1951,	in	Döbeln

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im oktober 2022

- 04.10. 1922:** Genfer Protokolle über das Anschlussverbot Österreichs an Deutschland
- 18.10. 1922:** Vereinbarung über die Verlängerung der Amtszeit von Reichspräsident Friedrich Ebert bis zum 30. Juni 1925
- 28.10. 1922:** Mussolinis Marsch auf Rom, der ihn am 31. Oktober auch an die Macht bringt
- 30.10. 1922:** Norodom Sihanouk, kambodschanischer Politiker, geboren
- 20.10. 1932:** Gründung des Internationalen Jugendherbergverbandes
- 03.10. 1942:** Erster erfolgreicher Start der A4-/V2-Rakete in Peenemünde mit einer Gipfelhöhe von 84,5 Kilometern
- 04.10. 1947:** Max Planck verstorben
- 23.10. 1952:** Verbot der Sozialistischen

- Reichspartei (SPR)
- 14. - 28.10. 1962** Kubakrise
- 20.10. 1962:** Beginn des Indisch-Chinesischen Grenzkrieges
- 05.10. 1972:** Gründung der Front National in Paris und Wahl von Jean-Marie Le Pen zum Vorsitzenden
- 01.10. 1982:** Wahl von Helmut Kohl als Bundeskanzler durch ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt
- 04.10. 1992:** Unterzeichnung eines Friedensvertrags über das Ende des sechzehnjährigen Bürgerkriegs in Mosambik
- 08.10. 1992:** Willy Brandt gestorben
- 27.10. 2002:** Wahl von Luiz Inácio da Silva zum Präsidenten Brasiliens

ZUM SCHMUNZELN

Zehn Deutsche sind dümmmer als fünf Deutsche.

HEINER MÜLLER Deutscher Dramatiker geboren in Eppendorf, heute Landkreis Mittelsachsen

Ich habe getrunken, um meine Sorgen zu ertränken, aber die verdammten Dinger haben schwimmen gelernt.

FRIDA KAHLO

Entweder man lebt, oder man ist konsequent.

Erich Kästner

terminübersicht

november 2022

- 02.11. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 05.11. 10:00 Uhr 3. Tagung des 16. Landesparteitages
Messe- und Veranstaltungspark Löbau

dezember 2022

16. 12. 15:30 Uhr Besuch einer Plenarsitzung des Landtages
durch den Kreisvorstand
anschließend Sitzung des Kreisvorstandes in
Dresden



DIE LINKE. ruft auf und mobilisiert zu den Großdemonstrationen eines breiten zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bündnis' unter dem Titel „Solidarischer Herbst“ am 22.10. um 12 Uhr in 6 Städten: Berlin, Frankfurt/Main, Hannover, Düsseldorf, Dresden und Stuttgart. (<https://www.solidarischer-herbst.de/>)



Gast einer Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes Brand-Erbisdorf war MDL **FRANZ SODANN**. Nach seinen einleitenden Ausführungen gab es eine intensive und kontroverse Debatte, vor allem zur Rede von Sahra Wagenknecht im Bundestag. OV-Mitglied **RENATE SCHILK** übergibt Franz Sodann ein Buchgeschenk.

Abriss der Sachsenburg-Kommandantenvilla ist eine vertane Chance



Der Abriss der Kommandantenvilla des früheren KZ Sachsenburg und damit eines bedeutsamen Täterortes ist ein Fehler und eine vertane Chance für den Gedenkort. Wir halten den Abriss dieses Täterortes für einen Fehler und eine vertane Chance für den Gedenkort. Der Verlust der Villa ist ein Schlag in die Magengrube für die ehrenamtlich Engagierten vor Ort, die dafür streiten, dass das frühere Konzentrationslager Sachsenburg zur Gedenkstätte wird. Es muss jetzt wenigstens schnell losgehen mit der Errichtung der Gedenkstätte. Das dafür vom Bund genehmigte Konzept muss der Öffentlichkeit vorgestellt und umgesetzt werden!

Selbstauslöser; Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Aus dem aktuellen Newsletter der Landtagsfraktion

aktuelle information aus bundesausschuss und landesvorstand



Der Bundesausschuss der Partei DIE LINKE hat zu seiner Sitzung am 17./18. September 2022 die zwei Vertreter*innen der Partei für den Vorstand der Europäischen Linken gewählt. Neben **JANIS EHLING** aus Berlin wurde die sächsische Landtagsabgeordnete und Europasprecherin **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** als neue Beisitzerin bestimmt.

Dazu erklärt der Landesgeschäftsführer der sächsischen Linken, Lars Kleba: „Die bevorstehende Europawahl im Jahr 2024 ist von enormer Bedeutung, nicht nur für uns als LINKE, auch für ganz Europa. Daher freue ich mich eine sächsische Vertreterin im Vorstand der Europäische Linken zu haben. In den anstehenden zwei Jahren gilt es nun die Zusammenarbeit mit sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen auf europäischer Ebene für unsere Partei zu intensivieren, um neue gesellschaftliche Kräfte zu schaffen. Denn um eine Zukunft zu haben, muss die EU wieder mit sozialer Gerechtigkeit und Frieden verbunden werden.“

Die Partei der Europäischen Linken (EL) ist eine 2004 gegründete europäische politische Partei. Der EL gehören heute 25 Parteien mit insgesamt knapp 500.000 Mitgliedern an. Marika Tändler-Walenta ist seit 2019 Abgeordnete im Sächsischen Landtag (u.a. europapolitische Sprecherin) und war von 2011–2013 im Europaparlament für Prof. Dr. Lothar Bisky sowie von 2017–2109 für den damaligen Vorsitzenden der Europäischen Linken, Gregor Gysi tätig.

Die Bestätigung der Wahl findet am 09.-11. Dezember 2022 auf einem Kongress der Europäischen Linken in Wien statt.



Nachruf zum Tod von JOHANNES RIEDEL

Am 10.09. 2022 verstarb unsere langjähriger Genosse Johannes Riedel im Alter von 88 Jahren. Wir verlieren mit Johannes einen aufrechten Kämpfer für Frieden, soziale und menschliche Gerechtigkeit.

Schon zu DDR-Zeiten hat er seine Fähigkeiten zum Wohle der Menschen eingebracht und war von einer gerechteren Gesellschaft überzeugt. Nach dem Mauerfall hat er den Glauben an eine andere Welt nie verloren und hat sich weiterhin für die Belange der Partei engagiert. In verantwortlichen Parteifunktionen des Gebiets- und Ortsverbandes Brand-Erbisdorf, war er für die massenpolitische Arbeit aktiv tätig. Besonderen Wert legte er auf die Traditionsarbeit der Partei.

Seiner Ehefrau Roswitha und der Familie versichern wir unsere aufrichtige Anteilnahme.

Der Vorstand des Orts- und Gebietsverbandes Brand Erbisdorf

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

WILFRIED HÖHN

SVEN BRÄUER

Rochlitz

Leisnig

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.